

Annoucen-
Annahme-Bureau:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 10.)
bei C. H. Heise & Co.
Breitenstr. 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Gräg bei F. Strickand,
in Breslau bei Emil Sabath.

Posener Zeitung.
Neunundsechzigster Jahrgang.

Koncorren-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.
Hamburg, Köln, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Danne & Co. -
Janßenlein & Vogler, -
Rudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Oest-
beim „Zentralbank.“

Nr. 29.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Donnerstag, 13. Januar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die
Erpedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Reklame 7 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr
Montags angenommen.

1876.

Brief- und Zeitungsberichte.
Berlin, 12. Januar.

Herr Joachim Gesehn, der Redakteur der deutschen Eisen-
bahnzeitung, hat nach der „Frlf. Ztg.“ eine Immunitätvorstellung
an den Kaiser wegen der Affaire der Verwaltung der rumänischen
Eisenbahngesellschaft gerichtet, bezüglich welcher gegen ihn bekanntlich
ein Prozeß wegen Verleumdung der Herren von Hansmann, Bleich-
röder und Miquel schwebt.

Am 12 d. hat, wie telegraphisch gemeldet, der Gerichtshof für kirch-
liche Angelegenheiten eine Sitzung gehalten, um über die
Vorunterfuchung gegen den Erzbischof von Breslau Beschlus zu
fassen. Das Abfchungsverfahren gegen Bischöfe beginnt bekanntlich
mit der Aufforderung zur Niederlegung des Amtes durch den Ober-
präsidenten. Wird dieser Aufforderung nicht binnen gefetzter Frist
präzidenten. Wird dieser Aufforderung nicht binnen gefetzter Frist
präzidenten. Wird dieser Aufforderung nicht binnen gefetzter Frist
präzidenten.

Der Gesehentwurf, wonach künftighin die Begräbnis-
plätze der geistlichen Aufsicht entzogen und der bürgerlichen Behörde
untergeben werden sollen, wird, wie die „Frlf. Ztg.“ schreibt, in der
bevorstehenden Kammerfession von der Regierung nicht vorgelegt
werden, obfchon es an Vorarbeiten und eingeforderten Gutachten zu-
ständigen Behörden nicht fehlt und ein solcher Gesehentwurf als eine
Nothwendigkeit dringend begehrt worden ist. Wie es scheint, soll
jedoch diese Konsequenz aus dem Gesez über die Beurkundung des
Personenstandes nicht gezogen werden. Dagegen ist es nicht unwahr-
scheinlich, daß der Gesezentwurf, betreffend den Austritt der Juden
aus ihren Religionsgemeinden, endlich erscheint, nachdem neuerlich noch
vom Minister des Inneren angeordnete kommissarische Beratungen
über diesen Gegenstand stattgefunden haben. Der Austritt ist den
Juden allerdings schon durch das Gesez vom 14. Mai 1873 gestattet,
doch werden sie danach durch diese Thatsache Dissidenten, was eben
nicht ausreichen soll. Die Auseinanderfetzung der Austrittenden mit der
Religionsgemeinde, welcher sie bis dahin angehört haben, wird wohl
in der Vorlage geordnet sein und gerade diese Ordnung den Gegen-
stand der Debatte bilden.

Die Militärstrafprozeßordnung soll nach der
„Frlf. Ztg.“ erst nach Erledigung der Straf-Prozeß-Ordnung vorge-
legt werden. Der Inhalt der Militärprozeß-Ordnung lehnt sich an
das preußische Gesez an. Auch im deutschen Militär-Prozeß sollen
Militärs wegen Straftaten nicht von bürgerlichen, sondern nur von
Militär-Gerichten abgeurtheilt werden. — Der amtliche Bericht über
den Krankenstand des Reichs-Heeres im November
v. J. ergibt, daß 72 Prozent der Effektivstärke erkrankt und 0,4 von
den unter militärärztlicher Behandlung gewesenen Soldaten gestorben
sind. Unter den hierher gehörigen 101 Gestorbenen hatte der Typhus
die meisten Opfer, nämlich 39, gefordert, die Lungenschwindsucht ist
mit 13, die Lungenentzündung mit 11 aufgeführt. Ein Soldat hat sich
den Tod dadurch gegeben, daß er sich auf Eisenbahnschienen geworfen
und einen Schädelbruch erlitten hat, während sonst noch 9 Selbst-
morde vorgekommen, und noch 7 Verunglückungen, welche tödtlich ge-
endet haben, zu beklagen sind. Am 30. November waren 9212 Mann
oder 2,6 Prozent der Effektivstärke in militärärztlicher Behandlung.

Für den jetzigen Geldverkehr sind zwei Verfügungen des
Finnanzministers von Interesse, welche im neuesten „Finnanz-
ministerialblatt“ veröffentlicht sind. Zunächst werden die Justizbehörden
auf Grund einer Verfügung des Finanzministers, nach welcher die be-
züglich der 10- und 25 Thalernoten bereits erlassenen und hinsichtlich
der höheren Appoints demnachst zu erlassenden Beschränkungen der lö-
niglich preußischen Staatskassen gegenüber nicht in Anwendung ge-
bracht werden sollen, angewiesen, die gebachten Noten der Preußischen
Bank vom Publikum noch ferper in Zahlung zu nehmen, aber nicht
wieder zu veräußern, vielmehr schleunigst beim nächsten Bankkomptoir
gegen Ersatz des Wertes in gangbaren Zahlungsmitteln umzutau-
schen. — Die zweite Verfügung ist durch das neue Institut des Ein-
terlegungs- und des Hervorgerufenen worden. Die Reichsbank ver-
langt nämlich, um die Zinsen der nach dem Geseze vom 19. Juli 1875
auf den Hinterlegungsfonds übergegangenen Bankobligationen ohne
Vorlegung der letzteren zahlen zu können, eine Bescheinigung der Ge-
richte über den Uebergang der Obligationen auf die betreffenden Be-
zichtigten. Die Gerichtsbehörden sind demgemäß angewiesen worden, so-
fort nach Abfertigung der Bestände an die Verwaltungsbehörde unter
einer beglaubigten Abschrift des Verzeichnisses über die Bankobligatio-
nen die Bescheinigung auszustellen, und dieselbe der Bankanstalt, von
welcher bisher die Zinsen gezahlt wurden, zu übersenden.

Am 9. d. hielt Prof. Dr. Gneist in Vollenhain als Abgeord-
neter des Wahlkreises Landeshut Jauer Vollenhain vor einer zahlrei-
chen Versammlung eine Rede, welche die gegenwärtigen Hauptaufgaben
des Reichstages charakterisirt. Dieselbe lautet nach der „Schles-
sische Zeitung“:

Die laufende Session des deutschen Reichstages hat in einer ge-
wissen Mäßigkeit begonnen wegen des Darniederliegens von Han-
del und Wandel. Wir haben drei Jahre durchlebt, die, unter Gefah-
ren begonnen, über alles Erwarten glücklich verlaufen sind. Es sind
drei weitere Jahre gefolgt, wider Erwarten sorgenvoll. Das deutsche
Reich trägt jedenfalls nicht die Schuld dieser Mißstände. Wir sind
durchweg arbeit- und produktionsfähig; es fehlt uns nur die Nach-
frage. Wir können aber den Staat nicht zwingen, selbst unser Eisen
und unseren Rauten zu konsumiren. Der Staat kann unsere Nachbarn
nicht zwingen, unsere Abnehmer zu werden. Der Staat kann unsere
Ernte und unsere Preise nicht besser machen. Kurz, wir können für
diese Dinge nur der Heilkraft der Natur vertrauen.

Nachdem wir uns übernommen haben in Produktion und Speku-
lation, kann jeder verständige Arzt nur zu einer strengen Diät rathen,
so vertrießlich der Kranke oft wird, wenn ihm statt der medizinische
nur strengere Diät vorkommt. Der Staat kann in diese Verhältnisse
nur eintreten, wo die Nothstände zu einem Gebot der Menschlichkeit
wird. Die anfängliche Verstimmung scheint daher auch im Reichstages-
gemischen zu sein, besonders seit dem persönlichen Auftreten der Reichs-
regierung. Die sogenannte Strafgeschäftsnotelle wird durch eine Sach-
verständigen-Kommission ihren geordneten Weg gehen. Die neuen
Steuerentwürfe sind als erledigt anzusehen, und es handelt sich hierbei
weder um Sieg noch um Niederlage, sondern nur um die alte deutsche
Gewohnheit nach der man sich zu neuen Steuern nur entschließt, wenn
es handgreiflich notwendig wird, um ein größeres Uebel zu vermei-
den. Gewiß werden die Finanzen des Reiches stets auf Bölle, Ver-
brauchssteuern und Regalien fundirt bleiben: zur Zeit liegt indessen
keine Veranlassung zu einem Streit über die Steuermethoden vor und
ein Steuerideal giebt es überhaupt wohl nicht.

Um so dringender wird der deutsche Reichstag veranlaßt sein, seine
Hauptaufgaben f. i. m. in Auge zu behalten und diese Hauptaufgaben
sichern zur Zeit nur drei zu sein.

Als erste Aufgabe: Die Aufrechthaltung des kirchlichen Friedens
durch feste Handhabung der Autorität des Staates. Der preußische
Staat ist durch seine Zusammensetzung, besonders aber durch den Besit-
z von Schlesien gezwungen worden, die evangelischen Grundsätze des
westfälischen Friedens zu verlassen. Ein Schisma, nach welchem in
jedem deutschen Landestheil nur die eine Kirche herrscht, die andere
daneben höchstens geduldet wird, war nach den hochherzigen Grund-
sätzen unseres Königsbaues nicht aufrecht zu erhalten. Die Freiheit
und Gleichheit beider Kirchen — ebenso wie die libertäre und egalitäre
in Frankreich — ließ sich aber nicht ohne Weiteres durchführen, da die
römische Kirche keine Gleichheit anderer kennt, da die Kurie und Pro-
testanten als Keher, als verirrte Glieder ihrer eigenen Kirche ver-
dammt, und folgerichtig die ganze äußere Regierung ihrer Kirche so
einrichtet, daß mit ihrem Willen eine Gleichberechtigung nie entstehen
oder bestehen kann. Der preußische Staat mußte daher starke Hand
halten über beide Kirchen, beide zwingen, ihr Regiment soweit zu er-
mäßigen, daß Gleichberechtigte daneben existiren können, beide zwingen,
diesem Aufgaben, die eine Nation nur einheitlich lösen kann, unge-
trennt zu erfüllen. Diese Gesezgebung, welche hundert Jahre hindurch
den Kirchenfrieden in Schlesien, wie im ganzen Lande erhalten hat, ist
einige Jahrzehnte willkürlich und unbefugt außer Anwendung geblie-
ben. Es ist daher notwendig geworden, sie wiederherzustellen. Zwar
nicht in vollem Maße, denn die sorgfältigere Festigung und Einfrucht
der Bevölkerung gestattet heute eine beschränktere Staatsaufsicht, als
sie das allgemeine Landrecht statuirte, und gestattet beiden Kirchen
Selbstständigkeit ihres inneren Lebens, ihrer Seelsorge, Lehre und
Verwaltung. Aber was zu diesen inneren Verhältnissen gehört, kann
keine Kirche souverän bestimmen, weil sonst ein Faustrecht unter den Gleich-
berechtigten wiederkehren würde. Es kann dies nur die Staatsgesez-
gebung auf den alten bewährten Grundlagen des preußischen Staats.
Dabei von einem „Kriegszustand“ zu reden, ist entweder eine große
Anmaßung oder eine große Verirrung. Es giebt hier keine Krieg-
führenden Theile, sondern Unterthanen, die dem Gehorsam verweigern,
und die der Staat um seiner Existenz willen zum Gehorsam zurück-
führen muß. Je fester und folgerichtiger dies geschieht, umsoweniger
wird es härterer Maßregeln bedürfen, um wenigsten gegen die irre-
geleitete Masse, die nicht so rasch bezaufen kann, wenn die Hez-
kapläne von Kampf auf Tod und Leben gegen den Liberalismus,
das Freimaurerthum und die Freigeisterei reden, damit gemeint ist:
der deutsche Kaiser, der preußische Staat, die alten Grundsätze und
Geseze der Hohenzollern, unser Glaube und die ganze evangelische
Kirche.

Unsere zweite Aufgabe der nächsten Zeit liegt in den großen
Zufußgefehen, durch welche die lang vermisste und ersehnte Rechts-
einheit Deutschlands wieder herzustellen ist. Diese Einheit hat Jahr-
hunderte bestanden, und sie ist sehr unwillkürlich nur untergraben
worden zu einer Zeit, wo jeder deutsche Fürst auf eigene Hand refor-
miren mußte, wenn überhaupt im ohnmächtigen deutschen Reich irgend
etwas besser werden sollte. Mit dem Einlenken in die alte bewährte
Grundlage des gemeinen Rechts wird ein edles und festes Band um
die Nation geschlungen, was in guten und bösen Tagen sich dauernd
bewähren wird. Aber es ist eine schwere Arbeit, die unter dem Namen
eines Gesezes im Grunde ein halbes Hundert Geseze umfaßt, und
die nur mit dem äußersten Maße von Geduld und Ausdauer zu lösen
ist. Die Justizkommission hat in den recht heißen Tagen des Sommers
wohl hundertmal von 11—4 Uhr gefessen und ihre Aufgabe nur zur
Hälfte gelöst. Niemand kann ihr einen Vorwurf machen, daß sie zu
vielen besonderen Bedürfnissen und Gewohnheiten durch die Mehr-
heitsbeschlüsse zuerst ein Werk mit großen Unebenheiten zum Vorschein
kommt. Diese Unebenheiten müssen erst sichtbar werden, ehe man sich
zu weiterem gegenseitigen Nachgeben entschließt. Es bedarf daher der
Ausdauer in fortgesetzter Arbeit, womöglich ein und derselben ständi-
gen Kommission. Zu lösen aber ist die Aufgabe, und möglich ist die
Lösung noch in diesem Jahre.

Die dritte Aufgabe ist die vertrauensvolle Unterstützung der
auswärtigen Politik des deutschen Reichs, die seit den Zeiten des gro-
ßen Friedrich nicht so sicher und erfolgreich geführt ist, wie heute.
Wir haben einen unverdienten Geener zur Seite, ernste Veranlassung
zur Friedensföhung im Süden Europas. Wir dürfen es als Glück-
gung der Vorsehung ansehen, daß Deutschland in der heutigen Welt-
lage die Macht und den Willen hat, den Frieden zu erhalten. Und
wenn wir uns sagen müssen, daß ein einziges unglückliches Kriegs-
jahr Frankreich mehr an Geld und Geldwerth gekostet hat, als das
deutsche Heer auf 25 Jahre beanprucht, so werden wir auch im
Reichstages danach zu handeln haben. Dasselbe gilt auch von der
Unterstützung der wirtschaftlichen Politik, die seit der Entstehung des
Zollvereins uns mit festerer Hand weiter geführt hat. Ob einige
Großchen Eingangsabläufe auf Eisen unserer Eisenproduktion etwas
Neuwerthvolles nützen würden, vermag ich nicht recht zu begreifen.
Wohl aber scheint es mir klar, daß die neuen Schutztheorien sehr
bald zur Revanche vom Ausland, zu einem sanfteren Zollkrieg, zu einer

endlosen Unruhe in allen Zolltarifen und zu einer neuen ungefun-
derten Ueberfpeulation führen würden, aus der wir uns mühsam soeben
herausarbeiten. Gewiß kann das deutsche Reich nicht alle Wünsche
erfüllen und befriedigen — es soll sie auch nicht alle befriedigen, son-
dern dem Einzelleben sein freies Feld lassen. Nur soviel ist gewiß,
daß die unerfüllten Wünsche von den Geenern des Reiches ganz
sicher nicht erfüllt werden können. Siegt Handel, Gewerbe und Arbeit
daneben, so wird die liberale Partei unseren Wohlstand, unsere
Leistungsfähigkeit wahrhaftig nicht fördern, wenn sie die Menschen
des Denkens entwöhnt, auf dem unser Wohlstand beruht. Diese
Partei hat bisher nur die reichsten und glänzendsten Völker der Welt
durch ihre Herrschaft an den Beistand gebracht, noch niemals aber
einer Handelskrise abgeholfen. Und ebenso wenig wird die Sozial-
demokratie mit ihren Phantasiegebilden zu höherem Lohne gelangen
dadurch, daß sie durch stetige Anfeindung und Bedrohung des
Besitzes und der besitzenden Klassen die Erwerbsquellen vollends ver-
stopft.

Nach heftigem Streite ist zwischen den liberalen Parteien und
dem leitenden Staatsmann des deutschen Reiches ein Zusammen-
wirken hergestellt worden, bei welchem sich alle Beteiligten unter
Wahrung ihrer Grundsätze besser befinden haben, als unter allen
früheren Phasen des Streites oder der Verhändlung. In wenigen
Jahren ist zur Erfüllung der berechtigten Wünsche der Nation durch
dauernde Institutionen mehr geschaffen worden, als seit vielen
Jahrzehnten. Gewiß sind auch die liberalen Bestrebungen nicht un-
schätzbar. Immerhin aber scheint mir derjenige eine Verantwortlich-
keit zu übernehmen, der die Festigkeit, die Ausdauer und die Sicher-
heit unserer Staats- und Handelspolitik bloß um des Wechsels
willen gefährden will. Eine gewisse Stetigkeit der Bahnen ist daher
in der heutigen Lage der Dinge dem Reiche wohlthätig. Ich würde
es deshalb um meiner Person wie um der Sache willen mit lebhaftem
Danke anerkennen, wenn die Wähler dieser Reise mich wieder-
holt mit ihrem Vertrauensmandat beehren wollen.

Nach einer Bekanntmachung des General-Postmeisters ist der § 5
der Postordnung vom 18. Dez. 1874 dahin abgeändert worden, daß mehr
als drei Pakete zu einer Begleitadresse nicht gehören
dürfen. Ferner beträgt von jetzt ab die Gebühr für die Einbestellung von
gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen, Postkarten, Drucksachen
und Waarenproben, sowie von Vorkaufsbriefen nach dem Landbestell-
bezirke der Postanstalt für jedes Kilometer 15 Pf., im Ganzen nicht
unter 75 Pf. für jede Bestellung. Bei Paketen, Geldbriefen und Post-
anweisungen kommt das Doppelte dieser Höhe zur Erhebung. Höhere
Vergütungen für die Einbestellung von Postsendungen nach dem Land-
bestellbezirke dürfen nur in den Fällen erhoben werden, wenn der Be-
stimmungs-Postanstalt Niemand zur Verfügung steht, der die Leistung
zur tarifmäßigen Höhe übernimmt. Die Gebühr für die Einbestellung
sowohl im Postorte als nach Landorten kann vorausbezahlt, oder deren
Zahlung dem Adressaten überlassen werden. In allen Fällen muß
jedoch der Absender für die Verächtigung der entstandenen Bestellgebühr
haften.

Detmold, 10. Januar. Aus Lippe werden fortgesetzt Dinge ge-
meldet, die in der That zu Hoffnungen auf Besserung der gegenwärtigen
Zustände berechtigen. So berichtet neuerdings die „Westf. Ztg.“,
daß Fürst Wolde mar in seinen Einschränkungen fortfährt
und sich nun auch entschlossen hat, die Hofkapelle und das Theater
aufzuheben. Das Blatt schreibt:

Einem Theil der Mitglieder der Kapelle ist bis zum 1. Juli d. J.
gekündigt und der übrige Theil tritt mit vier Fünftel des bisher be-
zogenen Gehalts in den Ruhestand. Es ist leicht verständlich, daß
Detmold über diese Maßregel des Fürstentums tief betrübt ist, denn nicht
genug, daß sie von nun an auf die herrlichen musikalischen und dra-
matischen Genüsse im fürstlichen Schauspielhause verzichten muß, hat
sie auch materielle Nachteile davon. Detmold übte auf viele reiche
Fremde aus der Nähe und Ferne eine große Anziehungskraft aus,
und das nicht allein wegen seiner wundervollen Lage und Umgebung,
sondern namentlich auch wegen der berühmten Hofkapelle und des
fürstlichen Schauspielers. Das ist nun vorbei. Denn die ausgegebene
Parole des Fürsten lautet: Kein Luxus mehr und Einschränkung nach
allen Seiten! Inzwischen fährt Fürst Wolde mar fort, sich über alle
Dinge seines Hofhaushalts, der fürstlichen Kammern, der Hofdirektion,
Regierung u. s. w. zu orientiren; nicht das Geringste entgeht seinem
scharfen Auge. So wird erzählt, er habe im Walde auf der Jagd
Hofbauern gefragt, für wen die guten Klaster bestimmt seien und wer
die schlechter ausgearbeiteten haben soll, und als man ihm gesagt, jene
erhielten die Herren Förster und diese würden demnachst verkauft, da
habe er sich sehr unwillig über diese Ungleichheit ausgesprochen. Der-
gleichen Blüthe des Fürstentums werden viele erzählt. — Als in ihrer
Stellung am Hofe gekündigte Beamte werden bis jetzt genannt: der Flügel-
adjutant von Donop, der Kammerherr v. Meisenburg (geht als Hof-
marschall nach Gera) und der Hofkallmeister v. Anderten. An wen
nun zunächst die Reihe kommt, wird sich wahrscheinlich erst nach der
Reise des Fürsten nach Berlin zeigen.

Leinberg, 11. Januar. Unter der ländlichen Bevölkerung Ga-
liziens beginnt sich der Mangel an Vieh in diesem Jahre in beinahe
erschreckender Weise fühlbar zu machen. Der Mangel an Futter für
das Vieh und die schlechte Ausfaat werden aber noch das nächste Jahr
in Mitleidenschaft ziehen. Fast das ganze lebende Inventarium wird
in diesem Winter bei den häuerlichen Besitzern zu Grunde gehen. Die
Letzteren verkaufen allenthalben ihr Vieh zu unerhörten Spottpreisen,
da sie nicht wissen, wie sie es erhalten sollen. In vielen Gemeinden
agt man die Pferde, da man sie nicht schlachten will, einfach auf das
Feld oder in den Wald und läßt sie dort Hungers sterben. Nebenbei
verfährt man auch mit dem Rindvieh. Womit soll nun der Land-
mann im Frühjahr seinen Acker pflügen und die Sommerausfaat be-
stellen, abgesehen davon, daß er nicht einmal die Mittel hat, um bis
zur nächsten Ernte zu leben! Der „Diennit Polst.“ fordert daher die
Regierung und den Landtag auf, schleunigst Hülfe zu bringen, denn
wenn diese ausbleibe, sei man für viele Jahre ruinirt. — Die einge-
sandten Entwürfe für den Bau eines neuen Landtagsgebäudes
sind bereits im bisherigen Sitzungssaale des Landtags zur öffent-
lichen Ansicht ausgestellt.

Brüssel, 10. Januar. Die Nachrichten aus den Bergwerks-
distrikten sind keineswegs so alarmirend, als verbreitet worden ist.
Allerdings sind 800 Mann Militär von Brüssel nach Charleroi abge-
gangen und anderen Truppen ist der Befehl zur Marschbereitschaft
bereits erteilt. Doch scheint es zum Aeußersten nicht kommen zu sollen,

und auch die telegraphisch gebrachte Nachricht von dem bereits erfolgten Ausbruch von Feindseligkeiten, von Todten und Verwundeten, hat nach der „Indépendance belge“ noch keine Bestätigung erhalten. Allerdings ist von einem gegenseitigen Entgegenkommen noch nicht die Rede. Die Grubenbesitzer, wie die Arbeiter halten an ihren Forderungen fest; nur in einzelnen Gruben ist die Arbeit wieder aufgenommen. Aber auch da, wo der Strike noch in seiner ganzen Schärfe währt, verhalten sich die Arbeiter ruhig; selbst die Meetings werden nur sehr schwach besucht. Es sollen namentlich fremde Arbeiter sein, die die einheimischen aufstacheln und ihre Köpfe mit sozialistischen Ideen zu „verleiten“ suchen — bisher glücklicher Weise ohne Erfolg. — Im Becken von Charleroi haben vielleicht 100 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Was das revolutionäre Lied „la République belge“ betrifft, von dem so viel Aufhebens gemacht worden ist, so scheint es bisher eine weitere Verbreitung, namentlich unter den Arbeitern selbst, nicht gefunden zu haben; man hat sich begnügt, es den Arbeitgebern und den Behörden zuzuschicken.

Paris, 8. Januar. Ein interessanter Artikel im „Journal des Debats“ behandelt die Reformnote des Grafen Andrassy in folgender offenbar auf guten Informationen beruhender Weise:

Das Wiener Kabinet macht sich nicht an, von der Türkei zu verlangen, daß sie ihre ganze Regierung neu organisire und die Verfassung des Landes ändere. Eine solche Anforderung wäre die reinste Intervention und ein direkter Eingriff in die Souveränität der Pforte. Das Wiener Kabinet stellt sich auf einen unantastbaren Satz des Völkerrechts, der, wie unsere Leser sich erinnern werden, in dem Bericht der ungarischen Delegation sehr treffend angelehrt worden ist. Diejenige Sache, an welche jeder Staat das Recht, von seinem Nachbar nicht beunruhigt zu werden, von ihm zu verlangen, daß er die Ursachen der Unruhen aufhebe, und nöthigenfalls selbst dazu beitrage. Wenn bei einem Hausnachbar Feuer ausbricht, so hat man das Recht und die Pflicht, ihm beim Löschen zu helfen, damit der Brand nicht weiter um sich greift. Oesterreich will nur die Beschwichtigung der türkischen Grenzprovinzen, deren Empörung, indem sie sich in die Länge zieht, seine eigene Sicherheit bedroht, und es begnügt sich damit, besondere Reformen in Vorschlag zu bringen, die es für geeignet hält, diese Beschwichtigung herbeizuführen. Ferner vertritt man uns, daß die Forderungen des Wiener Kabinet, welche hierin mit denjenigen der Kabinette von St. Petersburg und Berlin übereinstimmen, sehr gemäßigt sind, daß diese den politischen status quo der Türkei, die Unverletzlichkeit der souveränen Rechte der Pforte nicht antasten. Unsere Wiener Korrespondenten haben uns schon lange darauf vorbereitet, daß das Wiener Kabinet aus Anlaß der Wiederherstellung des Friedens in der Herzegowina und in Bosnien in immermehr so weit gehen werde, politische Fragen anzugehen, Gebietsveränderungen vorzuschlagen, die Errichtung neuer Vasallenländer zu empfehlen u. s. w. Sie bestanden auf der Versicherung, daß es sich, der Ansicht des österröisch-ungarischen Kabinetes gemäß, in jenen Provinzen nur um administrative, soziale Fragen und hauptsächlich um eine agrarische Frage handle. In der That haben die von dem Grafen Andrassy beantragten Reformen einen wesentlich administrativen und lokalen Charakter; sie betreffen namentlich die Steuern, ihren Ansaß und ihre Erhebung, die gesetzliche Regelung der Beziehungen zwischen den Pächtern und den Grundeigentümern, die Selbstständigkeit der Gemeinden, die lokale Sicherheitspolizei u. s. w. Uebrigens sollen diese Reformen sehr praktisch den Verhältnissen der ausländischen Provinzen angemessen sein, und soll aus dem Projekt eine gründliche Kenntniz des Landes und seiner Bedürfnisse folgen. Das Projekt des Grafen Andrassy zeichnet sich eben so sehr durch sein konkretes Wesen und seine Genauigkeit aus, als der Fierman vom 14. Dezember sich durch seine Unbestimmtheit, seine allgemeinen Abstraktionen, die theoretischen Sätze und banalen Grundzüge, mit denen er überladen war, bemerklich machte. Es läßt es nicht bei dem Ausdruck von Wünschen bewenden; es bezeichnet eingehend die Mittel und Wege, wie sie verwirklicht werden könnten. Es stützt sich auf die an Ort und Stelle von den Konjunktionsgesessenen genaue Enquete; es ist das Ergebnis der Prüfung wirklicher und zahlreicher Thatsachen. Daher würde, wie man uns sagt, die Veröffentlichung dieser besonderen Details bei der Masse der Zeitungsleser kein sehr lebhaftes Interesse wecken, in diesem Theil des Publikums, der von außerordentlichen Begebenheiten und Sensationennachrichten lebt, eine geringe Genauigkeit genügen. Um es zu verstehen und zu würdigen, muß man mit den inneren Zuständen des Landes, auf welches es sich bezieht, einigermaßen vertraut sein. Endlich wird noch bemerkt, daß das Projekt, obgleich es sich durch seinen Charakter von dem Fierman vom 14. Dezember unterscheidet, dennoch mit diesem kaiserlichen Erlaß nicht im Widerspruch steht, sich mit ihm vereinigen läßt, ihn sogar ergänzt und von den Höhen der Abstraktion auf den Boden der praktischen Wirklichkeit zurückführt. Kurz, das Reformprojekt des Grafen Andrassy soll den uns gemordenen Informationen zufolge durch seine Mäßigung, seinen praktischen Geist, seine Schonung gegen die Pforte die Zustimmung und den Beistand der Westmächte und Italiens voll auf verdienen. Wir glauben auch zu wissen, daß unser Minister der auswärtigen Angelegenheiten es sehr günstig aufgenommen hat. Die Zirkularnote hat den besten Eindruck auf ihn hervorgerufen, und, wie es scheint, hat er, da er das gemäßigtere Programm der drei Mächte für die Türkei sehr annehmbar fand, erachtet, daß Frankreich ihm ohne Vorbehalt beitreten und es in Konstantinopel befürworten darf.

Paris, 10. Januar. Unter diesem Datum geht der „N. Z.“ von hier ein Telegramm zu, welches die Meldung bestätigt, daß die Vertreter der Pforte bei allen Unterzeichnern des pariser Vertrages angewiesen worden seien, im Voraus gegen jede etwaige Beeinträchtigung der Souveränität des Sultans in aller Form zu protestiren. Es fragt sich aber, ob die Projekte des Grafen Andrassy formulirten Vorschläge der Mächte als Eingriff in diese Souveränität anzusehen sind, und in hiesigen diplomatischen Kreisen glaubt man Ursache zu der Hoffnung zu haben, daß die Pforte nach der offiziellen Kenntniznahme der Vorschläge dieselben doch annehmbar finden wird.

Der „Temps“ veröffentlicht, wie demselben Blatte gemeldet wird, heut eingehende Details über die hiesige Ministerkrisis.

Hiernach hat der Marschall Mac Mahon am Sonnabend Leon Say rufen lassen und denselben aufgesordert, seine in Gemeinschaft mit dem Republikaner Ferry und Bouché aufgestellte Kandidatur im Departement Seine et-Oise aufzugeben. Der Finanzminister habe, wie weiter mitgeteilt wird, um eine Bedenklichkeit gebeten, worauf gestern eine neue Unterredung desselben mit dem Marschall Mac Mahon erfolgt sei, in welcher dieser darauf hinwies, daß Angesichts der bevorstehenden Wahlen vollständige Einigkeit des Kabinetes geboten sei und daß er deshalb Leon Say um die Niederlegung seines Postens ersuchen müsse. Der Finanzminister habe bemerkt, daß er es auf Verlangen des Marschalls Mac Mahon einreiche. Wie der „Temps“ fernher meldet, hat Herr Dufaure, als er die Entlassung Leon Say's erklärt, sofort erklärt, daß er ebenfalls zurückträte; der Marschall Mac Mahon hat sich aber entschieden geweigert, das Entlassungs-Gesetz des Finanzministers anzunehmen. Auch soll Herr Buffet denselben angeholten haben, Leon Say durch Mathieu Bodet oder Laffitte de Bort, den ehemaligen Minister Thiers, zu ersetzen. Der „Temps“ will endlich wissen, daß die Minister Ferry und Dufaure, sowie der Polizeipräsident Léon Renault im Falle des Rücktritts Dufaure's sich zurückziehen beabsichtigen. Heute Abend soll ein Ministerrath stattfinden, um die Krisis zu beenden. In den der Präsidentenwahl nahebestehenden Kreisen herrscht Nachmittags die Hoffnung auf Ausöhnung, so daß im schlimmsten Falle nur der Rücktritt Leon Say's erfolgen dürfte.

London, 8. Januar. In Folge der in den letzten Tagen durch unrichtige egyptische Nachrichten verursachten Panik an der hiesigen Börse bringt die „Times“ folgende fast ebenso an den Rhebide wie an die Börse gerichtete Auslassung:

Es scheint, daß es Leute giebt, welche in der Uebereinstimmung der Politik des Rhebide mit unserer eigenen eine Garantie dafür erblicken, daß egyptische Schatzkassen zur Verfallzeit eingelöst und Dividenden pünktlich bezahlt werden. Ein solcher Glaube ist indessen reine Einbildung und hat durchaus keine Berechtigung in den Thatsachen. Ein gewisser Hintergrund fehlt freilich auch dieser Annahme nicht. Jeder Engländer, von Lord Derby und Herrn Cade abwärts, wird nur einen guten Rath für den Beherrscher Egyptens haben, nämlich alle nicht absolut unumgänglichen Ausgaben während der nächsten Jahre einzustellen und sich strengster Sparsamkeit zu befehlen. Daraus folgt, daß ein engerer Anschluß zwischen der Regierung des Rhebide und einer Nation, welche sich eine so entscheidene Meinung gebildet hat, eine günstige Wirkung auf egyptische Finanzen ausüben muß. Allein es ist rathsam, gleichzeitig das Publikum daran zu erinnern, daß wir eine Autorität über den Rhebide bezüglich der Verwaltung seiner Staatseinnahme oder seines Privateigentums nie besitzen und auch nicht erworben haben. Das politische Recht, das wir durch Ankauf des Suezkanals erlangt zu haben beanspruchen können, ist das Recht, jede Veränderung in den Beziehungen Egyptens zum Ottomaniſchen Reich oder zu anderen Mächten zu verbieten, überhaupt jedem Aetwaerzugutreten, der unser Interesse am Kanal oder unsere Verbindung mit Indien gefährden könnte. Es ist das eine feindselige geringfügige Position und wir können nicht einsehen, daß unsere Verhandlungen Weiteres nach sich ziehen, oder daß es vernünftig oder politisch wäre, mehr zu erstreben. Wenn der Rhebide durch weitere Millionen verschleudern will, so haben wir kein Recht, ihn daran zu hindern. Wenn er beschließt, eine Expedition über die andere gegen die Schwarzen im Innern auszusenden, wenn er Tausende von Meilen Eisenbahnen durch die wilde Wüste baut oder seine Fabriken vergrößert oder vervielfacht, so hat er dazu ein vollkommenes Recht, so lange er das nöthige Geld aufstreuen kann. Die Freiheit, sich zu ruiniren, gehört zu den Grundrechten der Menschheit, und wenn man es im Prinzip selbst für rathsam hielte, diese Freiheit zu beschränken, so würde sich der praktische Versuch doch als vergeblich erweisen. Alles, was die Regierung thun kann, ist, dem Rhebide in achtungsvoller Weise zu Gemüthe zu führen, daß dieser oder jener Plan für seine Finanzen unheilvoll wäre. Das Weitere muß von ihm selbst abhängen, über einen anderen Punkt, der von jarter Natur ist, wäre es wohl am besten, die Erörterung abzubrechen, bis Herr Cade die Verbindlichkeiten Egyptens genau aufstellt. Es scheint eingeräumt, daß das Vorgehen dieses Herrn den Rhebide, der sich nicht denken konnte, daß die Rechnungen seiner Beamten untersucht würden, oder daß es möglich sei, eine egyptische Bilanzaufstellung für unzureichend anzusehen, verlegt oder überrascht hat. Wir hoffen, die Arbeiten des Herrn Cade werden die egyptischen Finanzen in hoffnungsvollem Lichte erscheinen lassen. Die Ausgaben sind nicht allzulang, allein Egypten hat reiche Hülfesquellen, auf die sich schon Hoffnungen gründen lassen. Auf alle Fälle aber muß das Publikum sich von dem Gedanken losmachen, daß die freundliche Gesinnung der britischen Regierung die egyptischen Finanzen über den Bereich enger Grenzen hinaus oder in der Schnelligkeit bessern könnte. Was die Sicherheit der heutigen Schuld anbelangt, so muß dieselbe von dem Grade der Belastung der Hülfesquellen des Landes abhängen.

Wie der hiesigen „Ball Mail Gazette“ aus Kopenhagen gemeldet wird, hat Herr Nathgen, der preussische Kommissar, seine Nachforschungen in den dänischen Kanzleien betreffs der auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein bezüglichen Dokumente beendet und sich mit den Archivalen, die nach den Bestimmungen des Wiener Friedens Dänemark auszuliefern hatte, nach Schleswig zurückbegeben.

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 13. Januar.

— Nach dem „St. An.“ ist der Rechtsanwalt und Notar Stöckel in Bßfel zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Bosen und zugleich zum Notar im Departement desselben mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bosen ernannt worden.

r. In der polytechnischen Gesellschaft wurden am Sonnabend über Dynamit folgende Mittheilungen gemacht: In England wird ebenso, wie in Deutschland der Transport von Dynamitpatronen auf den Eisenbahnen nicht gestattet. Es sind nun dort in Gegenwart mehrerer Eisenbahnrektoren, Ingenieuren u. Besuche ausgeführt worden, um die Gefährlichkeit bei dem Transport desselben nachzuweisen. Zu diesem Behufe wurde eine schwere Kiste mit Dynamit aus einer Höhe von 40 Fuß auf den Boden geworfen, ebenso eine 5 Ztr. schwere, mit Sand gefüllte Kiste aus gleicher Höhe auf lose zusammengelegte Dynamitpatronen fallen gelassen; ferner wurden die Patronen wieder zusammengelegt eine Kiste mit 10 Pfund Dynamit dargestellt und alsdann eine über 3 Ztr. schwere Eisenmasse aus gleicher Höhe darauf geworfen. Bei allen diesen Versuchen erfolgte keine Explosion. Um ferner die Gefährlichkeit des Dynamits beim Ausbruch eines Brandes, beim Transport auf der Eisenbahn und bei der Aufbewahrung in den Gütermagazinen darzutun, wurde eine 50 Pfund Dynamit enthaltende Kiste in ein großes Feuer geworfen, in welcher das Dynamit mit grünlich weißer Flamme hoch aufstiegt und verbrannte, ohne zu explodiren. Zur Prüfung des Verhaltens des Dynamits bei der Einwirkung von Schießpulver wurden 25 Pfund des letzteren aufgeschüttet, mit einer 3 bis 5 Fuß im Gewichte messenden Platte aufgeschüttet, darauf zwei Kisten, jede mit 10 Pfund von Schmelzeisen bedeckt, darauf zwei Kisten, jede mit 10 Pfund Dynamit gefüllt, gestellt und das Schießpulver angelündet. Bei der erfolgenden Explosion wurde die Platte sammt den beiden Kisten unbeschädigt auf eine große Entfernung fortgeschleudert. Endlich wurden mehrere Dynamitpatronen auf die Seiten der nahen Eisenbahn und loser Dynamit daneben gelegt, und alsdann ein leerer Personenzug auf der Eisenbahn abgelassen, welcher beim Ueberfahren über die Dynamitpatronen einen Teil derselben zur Explosion brachte, ohne aber irgendwie auf den losen Dynamit einzuwirken. Wenn trotz des Ergebnisses dieser Versuche die Eisenbahndirektionen in England den Transport des Dynamits nicht gestatten, und ebenso die sogenannte Olyermalte vom Jahre 1866 die Verendung, Aufbewahrung u. des Dynamits sehr erschweren, so mag dies eben daher kommen, weil, wie dies zahlreiche traurige Erfahrungen beweisen, das Dynamit unter Bedingungen, die wohl noch nicht genügend hinsichtlich der Gefährlichkeit des Dynamits ventiler beforat, als in Großbritannien, indem die Eisenbahnen dort den Transport gestatten. Die französische Regierung behandelte bisher das Dynamit wie das Schießpulver, indem sie sich dessen Fabrikation und Verkauf als Staatsmonopol aneignete. Eine im vorigen Jahre von der Nationalversammlung zur Erörterung der Dynamitfrage gebildete Kommission hat sich nun dahin ausgesprochen, daß die Fabrikation und der Verkauf des Dynamits der freien Konkurrenz zu überlassen sei, indem sie es zugleich als notwendig bezeichnete, ein besonderes Gesetz über die industrielle Verwendung solcher explosiver Verbindungen zu erlassen. Der von ihr eingebrachte Gesetzentwurf beschwert das Dynamit und andere Explosivstoffe mit einer Saatzsteuer, welche für das Dynamit zu 150 Fr. (= 1,20 Mk.) pro Kilogramm vorgeschlagen wird. Er unterwirft das Dynamit denselben Gesetzen, wie alle übrigen gefährlichen Fabrikate und bestimmt, daß die Erlaubniß zur Darstellung und zum Gebrauch von Nitroglycerin, Dynamit und anderen Explosivstoffen nur unter der Verpflichtung beantragt, von der Regierung festzusetzender Vorschriften und Bedingungen gemäht werde. Ähnliche gesetzliche Bestimmungen sind auch wohl für das deutsche Reich zu erwarten. In den Vereinigten Staa-

ten von Nordamerika hat das Dynamit eine sehr ausgedehnte Verwendung als Sprengmittel gefunden, indem am dem Westabhang des Felsengebirges allein im Jahre 1873 etwa 600,000 Pfund Dynamit fabrizirt und in Kalifornien und den benachbarten Landestheilen verbraucht wurden. Die Vorteile, welche das Dynamit beim Bergbau gegenüber dem Schießpulver gewährt, bestehen nicht allein in der außerordentlich brisanten Wirkung, die eine 10 mal stärkere, als beim Schießpulver ist, sondern auch darin, daß es bei der Explosion keine schädlichen Gase liefert, während bekanntlich Schießpulver nach mehrmaligen Sprengungen in ein und demselben Minengänge den Aufenthalt von Arbeitern auf einige Zeit unmöglich macht. Ueber die Richtung, in der das Dynamit wirkt, existiren noch vielfach irrthümliche Vorstellungen; dasselbe wirkt nach allen Richtungen gleichmäßig, nur tritt die Wirkung nach derjenigen Richtung am meisten hervor, wo der größte Widerstand vorhanden war. — Neuerdings wurden an Gefangene in französischen Gefängnissen mehrfach scheinbar unbefängliche Briefe gerichtet, zwischen deren Zeilen jedoch, wie sich herausgestellt hat, mit s y m p a t h i s c h e r T i n t e geschrieben war. Die mit derselben geschriebene Schrift tritt hervor, sobald das Papier ein wenig erwärmt wird. Diese sympathetische Tinte wird angefertigt aus 1 Theil Schwefelsäure, 10 Theilen Wasser, ¼ Theil Zucker, und liefert eine vollkommen schwarze unerblickliche Schrift, indem in Folge der Erwärmung der Zucker verkohlt wird.

— Hinterlegung von Werthpapieren. Am Irthümern vorzubeugen, wird von den betreffenden Behörden ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß im Falle der Hinterlegung von Werthpapieren beim gerichtlichen Depositorium die Depositalbeamten nicht verpflichtet sind, die Auslösung oder Kündigung der Werthpapiere zu überwachen, ebensowenig für die Einziehung neuer Zins- oder Dividendenscheine von Amtswegen zu sorgen. Diese Sorge liegt vielmehr den Beteiligten ob.

Δ Pinne, 11. Januar. [Schulangelegenheiten. Lehrermangel. Standesamt-Statistik.] In dem eine Meile von hier entfernten Dorfe Turovo fand gestern Vormittag an der dortigen Schule, welche während des verfloffenen Jahres von Herrn Dr. Starzyk die Einführung des neuen Lehrers Herrn Vogelgehn aus Lipp-Kolonie, Kreis Thorn, leitete. Von dort begab sich Dr. Starzyk noch am selbigen Tage nach Pinne, um in Folge des bereits tagelange anhaltenden strengen Frostes — wir halten gestern Vormittag 17 Grad unter Null — die beiden Klassen der in Rede stehenden Schule, fast leer, da sich ihre Schüler zum großen Theile aus Kindern der benachbarten eine halbe Meile von hier entfernten Dörfer Jakubow und Luboszejnca rekrutiren. — In dem Dorfe Kohn, eine halbe Meile von hier, ist die kath. Lehrstelle bereits ¼ Jahr vakant. Ueber dieselbe hat sich bisher nur ein einziger sechsundsechzigjähriger Lehrer beworben. Da derselbe nicht engagirt worden ist, so wird, wie man hört, der hiesige katholische Lehrer, Herr Chrusch, in dem genannten Dorfe, um die Kinder nicht ganz vernachlässigt zu lassen, bis zum Antritt eines neuen Lehrers, zweimal wöchentlich Unterricht erteilen. — Bei dem hiesigen Standesamte wurden in der Zeit vom 1. Januar bis mit Dezember 1875 für die Stadt Pinne 90 Geburtsfälle und 56 Sterbefälle angemeldet. Ehelich verlobten wurden daselbst 15 Paare. Für den diesseitigen Distrikt wurden in gedachter Zeit bei dem erwähnten Standesamte 308 Geburts- und 188 Sterbefälle notifizirt. Kopulirt wurden daselbst 51 Paare. Zu bemerken ist hier noch, daß sämtliche vorgemeldeten Geborenen und Verheirathungen die kirchliche Bewilligung empfangen haben.

— r. Wolfstein, 11. Januar. [Bezirkslehrerkonferenz. Wohlthätigkeit.] Am 8. v. M. fand hier in der katholischen Schule unter dem Vorsitz des Kreisinspektors Herrn Teklenburg die erste diesjährige Bezirkslehrerkonferenz des hiesigen Bezirkes statt. Es betheiligten sich an derselben außer dem Lokalinspektor Herrn Prospekt Hunk von hier 11 Lehrer. Nach einem einleitenden Gebete hielt Herr Kantor und Lehrer Nowicki von hier mit allen drei Abtheilungen seiner Schule eine Lehrprobe im Gesänge, worauf Herr Lehrer Wittmann aus Adamowo sein ausführliches Referat über „Schulbesuch“ hielt, dem eine sehr eingehende Debatte folgte. — Der unter den hiesigen Israeliten bestehende Wohlthätigkeitsverein „Gesellschaft der Freunde“ hat diesmal gegen 140 M. zur Bekleidung armer Schulfinter verausgabt. Der Verein besteht seit 35 Jahren und hat die Tendenz, armen Schulfinter zu bekleden und verklärte Arme zu unterstützen.

Bromberg, 10. Januar. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Thomas Sniegocki zu Bromberg ist der kaufmännische Konkurs eröffnet. Zahlunkeinstellung: 10. September a. p. Einmaliger Verwaltung: Kaufmann Heinrich Madabinski. Erster Termin: 27. Januar a.

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 11. Januar. In dem Prozeß gegen den Stadtgerichtsekretär Menthe und Genossen wegen Verschleppung von Akten wurde bereits heut das Urteil gesprochen. In dem zweiten Aktendrucke, dessen bereits eingeleitet wurde — die Nichtreproduktion der Gutlichen Akten und die dadurch herbeigeführte Verhinderung der Strafvollstreckung gegen den Herdschänder Guth betreffend — stellte sich für die Verurtheilung an diesem Tage die Beweisaufnahme nicht gerade unglücklich, insbesondere da der nächste Vorgelegte Angeklagte derselben ein recht gutes Bezeugnis ausstellte. Die Aktensignatur für reponirte Akten sei so umfangreich und in so verschiedener Abtheilungen des weitläufigen Gerichtsgebüdes vertheilt, daß zu ihrer Verwaltung eine nicht geringliche Umsicht erforderlich sei. Es werden derselben jährlich etwa 2000 neue Bände zugewiesen, die in den ersten fünf Jahren in ihrem ganzen Volumen, und später nach Jahren im Exakt, d. h. in den auf das Strafsakel, auf den Strafantritt und die Strafentlassung bezüglichen Blättern aufbewahrt werden. Zur Bewältigung dieser Arbeiten sind nur drei Beamten vorhanden, der Registrator, sein Assistent und ein schwerhöriger, im höchsten Grade schwachfüßiger Diener. Monatlich sind etwa 1000 Reproduktionen auszuführen. Nach der Instruktion solle der Rezipient persönlich die Akten aus den Fächern nehmen und in die Bände einschicken; das sei aber bei der Menge der Arbeit nicht durchführbar, so müsse denn der Assistent und der Bote helfen, wobei es nur zu sehr möglich sei, daß sich irgend ein Aktenstück verkrümelte.“ Daß aber trotzdem unter Menthe's Verwaltung nur äußerst selten vorkommt, spreche gerade für seine Umsicht und Befähigung. Menthe sei auf dem ein sehr gutmüthiger Mensch, denn nur seiner Fürsprache Anspornung habe es der sehr hinfällige Diener zu danken, daß er nicht pensionirt sei. — Auf die Frage des Präsidenten, ob die Vorurtheile der Berliner für das Charlottenburger Gefängniß aus einer Verwaltung desselben mit dem vielenberufenen hiesigen Gefängniß resultire, antwortete der Zeuge, die Charlottenburger Direktion würde eine solche Unterstellung energisch protestiren, denn thatsächlich die dortige Strafvollstreckung keine besonderen Annehmlichkeiten. Die Anklage der nächsten beiden Zeugen, des Herdschänders Guth und seiner Frau, machten dagegen einen so üblen Eindruck, daß Guth auch zugeben, mit Menthe wegen der Aussetzung der Strafe ihres Mannes verhandelt zu haben, der sich dabei auf Rathschlagsmäßig Eingeben an den Justizminister und an den Kaiser schränkte. Sie habe ihm weder Geschenke dafür angeboten, noch gegeben. Das Kreuzverhör des Präsidenten brachte jedoch schließlich noch aus der Zeugnis heraus, daß sie auf die Frage der Frau Guth wie sie es denn anstelle, daß Guth in Berlin umherlaufe, statt in die Strafe abzusitzen, geheimnißvoll auf einen „guten Freund beim Gericht“ verwies, den sie auf weiteres Andringen als Menthe bezeichnete, und auf die Frage: „Was kostet denn das?“ antwortete: „kostet viel Geld!“ Warum während der ganzen Verurtheilung der Strafvollstreckung keine Eingaben an den Justizminister und an Obengedachten an den Kaiser abging, darauf wußte sie keine Antwort. — Noch leichter zog sich ihr Gatte aus der Affaire, der auf alle ihn gerichteten Fragen mit dem stereotypen „Das weiß ich nicht“ antwortete. Er sei mit seinen 30 kranken Pferden so sehr beschäftigt,

Freiburger 80, 00 do. junge — Oberhiesl. 138, 50 R. Ober-
Aer-St. 104, 50. do. do. Prioritäten 108, 00. Francofen 517, 00. Rom-
barden 197, 00. Silberrente 64, 90. Münzrenten 27, 35. Breslauer
Diskontobank 65, 25 do. Wechselbank 65, 00. Schief. Bank 81, 50.
Kreditaktien 335, 50. Laurahütte 67, 25. Oberhiesl. Eisenbahnen —.
Deutscher Bank 175, 90. Russ. Banknoten 262, 75. Schief. Ver-
ein —. Deutsche Bank —. Breslauer Prov. Wechselbank —.
Kramka 85 25. Schiefische Centralbahn —. Bresl. Delf. —.

Telegraphische Correspondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 12. Januar Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.
Nuhig. Desterreichische Bahnen höher.

[Schlusskurs.] Londoner Wechsel 203 45. Pariser Wechsel 80, 80. Die-
ner Wechsel 175, 60. Francofen 258 1/2. Böhm. Wechs. 164 1/2. Lombard-
renten 98 1/2. Galizier 174 1/2. Eisenbahn 144. Nordwestbahn 123.
Kreditaktien 163. Russ. Bodenr. 85 1/2. Russen 1872 99 1/2. Silber-
rente 64 1/2. Papierrente 60. 1860er Loose 113 1/2. 1864er Loose
294, 20. amerikaner de 1885 100 1/2. Deutsch-Oesterreich. 89 1/2. Berliner
Bankverein —. Frankfurter Bankverein —. do. Wechselbank 76.
Bankaktien —. Meiningen Bank 79 1/2. Sächsische Eisenbahn —.
Darmstädter Bank 113 1/2. Hess. Ludwigsb. 97 1/2. Oberhiesl. —.
Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 166 1/2, Francofen 257 1/2.
Lombarden 99 1/2, 1860er Loose —. Reichsbank —. Watt.

* per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 12. Januar Abends. [Effekten- und Börsen-]
Kreditaktien 166, Francofen 255 1/2, Lombarden 99, Galizier —,
Eisenbahn 144, Reichsbank 162 1/2, 1860er Loose 113 1/2, Nordwestbahn
—, Spanier —, Ungar. Loose —, do. Schatzbonds —, Dester-
deutsche Bank —. Silberrente —. Watt.

Wien, 12. Januar. Wenig Geschäft.

[Schlusskurs.] Papierrente 68, 55. Silberrente 73, 75. 1864er
Loose 106, 25. Bankaktien —. Nordbahn 1817. Kreditaktien
190, 70. Francofen 294, 00. Galizier 197, 50. Nordwestbahn 141, 50.
do. Lit. B. 57, 50. London 114, 75. Paris 45, 60. Frankfurt 56, 15.
Böhm. Westbahn —. Kreditlose 162, 25. 1860er Loose 111, 60.
Lomb. Eisenbahn 113, 00. 1864er Loose 131, 00. Unionbank 73, 75.
Anglo-Austr. 91, 80. Austro-türkische —. Napoleons 9, 19. Du-
katens 5, 41. Silberkurs 105, 25. Eisenbahn 165, 50. Ungarische
Prämienanleihe 76, 20. Deutsche Banknote 56, 95.
Türkische Loose 26, 50.

Wien, 12. Januar. Abends. Abendbörse. Kreditaktien 190, 30,
Francofen 293, 50, Galizier 197, 00, Anglo-Austr. 91, 75. Unionbank
73, 25. Lombarden 114, 50, ungarische Kredit —, Napoleons 9, 20,
Egyptier 120, 25. Papierrente 68, 10. Schwach.

London, 12. Januar. Nachmittags 4 Uhr.

Konsole 93 1/2. Italien. 5proz. Rente 70 1/2. Lombarden 9 1/2,
3proz. Lombarden Prioritäten alte 9 1/2. 3proz. Lombarden Prioritäten
neue —. 5proz. Russen de 1871 —. 6proz. Russ. de 1872 98 1/2.
Silber 55 1/2. Türki. Anleihe de 1865 21 1/2. 5proz. Türken de 1869
23 1/2. 6proz. Vereingl. St. pr. 1825 104 1/2. do. 5proz. fundierte
105. Desterreich. Silberrente 62 1/2. Desterreich. Rentenrente 60 1/2.

Berlin, 12. Januar. In Folge der besseren Meldungen aus
Wien eröffnete der internationale Markt eine Kleinigkeit höher. Doch
war die Lustlosigkeit auf allen Gebieten so groß, daß sich kaum eine
bestimmte Tendenz ermitteln ließ, während man jedoch die Haltung im
Allgemeinen eher matt nennen konnte. Doch es gründete sich diese An-
sicht nur auf den fast vollständigen Mangel an Kaufkraft. Verkäufer
hielten sich gleichfalls zurück und überall herrschte die größte die größte
Stille. Nur in Francofen und Kreditaktien von einiger Be-
wegung die Rede sein; selbst Diskonto-Kommandit- und Reichsbank-
Anteile lagen sehr still und die Course erschienen wenig verändert. —
Die Meldungen von außerhalb hatten nur geringen Einfluß geübt.
Die Annahme einer Dividende von nur 35 Francs für Staatsbahn-

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 12. Januar 1876.

Preussische Fonds und Geld-
Course.

Table with columns for bond types (e.g., Anleihe, Staats-Schuld., Kur- u. Anl. Sch.) and their corresponding prices.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and their prices, including titles like 'A. v. 55a 100th', 'Hess. Prsch a 40th', etc.

Table listing various international bonds and their prices, including titles like 'Pomm. Ill. rz. 100 5', 'Pr. B. G. S. Pr. Id. 5', etc.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries like America, Norway, Denmark, etc., with their respective prices.

* Wechsel-Course.

Table showing exchange rates for various locations such as Amsterdam, London, Paris, Vienna, etc.

aktien erscheint ungünstig. Die Bekanntmachung der baldigen Einlösung
des türkischen Januar Coupons berührt das gegen wohl angenehm, ver-
mag aber die allgemeine Bestimmung nicht zu brechen. Der Ausweis
der Reichsbank ist zwar in Bezug auf den Rückgang des Notenum-
laufs um 20 1/2 Mill. M. und der Kreditanspruchnahme um 11 1/2
Mill. M. günstig. Die ungedeckte Notenreserve ist nicht mehr über-
schritten, doch die täglich fälligen Verbindlichkeiten sind mit fast 74
Mill. M. auf eine außerordentliche Höhe gestiegen, welche eine bedeu-
tende Reserve zu halten nöthig ist. Die gegen anar gehaltenen Gebiete
lagen fast ganz brach. Eisenbahnaktien zeigten wenig Veränderungen,
Rheinisch-Westfälische waren wenig fest, Rumänen gut behauptet. Un-
ter den Banken fanden Breslauer Diskontobank und Braunschwei-
gische Hypothekbank einige Beachtung. Bergwerke stellten sich meistens

Table listing various stocks and their prices, including titles like 'Centralb. f. Bauten 4', 'Centralb. f. Ind. u. H. 4', etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Large table listing various railway stocks and their prices, including titles like 'Aachen-Mastricht 4', 'Altona-Kiel 4', 'Bergisch-Märkische 4', etc.

6proz. ungar. Schatzbonds 90. 6 Prozent ungarisch: Schatzbonds II.
Emission —. Sauer —. 5proz. Peruaner 33 1/2.

In die Bank flossen heute 102,000 Bfd. Sterl.
Paris, 12. Januar, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 5proz.
Rente 65, 95. Anleihe — 1872 104, 80. Italiener 71, 20. Francofen
640, 00. Lombarden 251, 25. Türken 22, 30. Spanier 17, 68. Fest
Den Prioritäten der Kronprin-Rudolfsbahn ist die amtliche No-
tierung an der hiesigen Börse jugestanden worden.

Paris, 12. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Fest und belebt.
[Schlusskurs.] 5proz. Rente 65, 92 1/2. Anleihe de 1872 104, 77 1/2.
Italienische 5proz. Rente 71, 10. Italienische Tabakaktien —.
Ital. Tabakaktien —. Francofen 635, 00. Lombard. Eisenbahn-
Aktien 252, 50. Lombard. Prioritäten 233, 00. Türken de 1865 21, 75.
Türken de 1869 123, 00. Türkenloose 54, 50.
Kredit mobiler 188, Spanier erster 17 1/2, do. inter. 16 1/2.
Peruaner —. Societe generale 525. Egypter 318.
Suezkanal-Aktien 692. Banque ottomane 437.

New-York, 11. Januar, Abends 6 Uhr [Schlusskurs.] Höchste
Notierung des Goldagio 13 1/2. niedrigste 12 1/2. Wechsel auf London
in Gold 4 D. 84 1/2. O. Goldagio 12 1/2. 1/2. Bonds de 1885 116 1/2. do.
neue 5proz. fundierte 119 1/2. 1/2. Bonds de 1887 119 1/2. Erie-Bahn 15 1/2.
Central-Pacific 104 1/2. New-York Centralbahn 106 1/2. Sumner in
New-York 13 1/2. Baumwolle in New-Orleans 12 1/2. Resl. 5 D. 25 C.
Kaffin. Petroleum in New-York 14. do. Philadelphia 12 1/2. Kohle.
Frühjahrsweizen 1 D. 35 C. Mais (old mixed) 73 C. Ruder (rot)
reife (Kassabond) 8. Kaffee (Rio) 17 1/2. Speck (short clear) 11 1/2.
Petroleum 8 1/2.

niedriger, Aachen-Höngener fest. Industrieerwerbe lagen still, Hannoverische
Maschinen- und Central-Geitung beachtet. Anlagewerthe blie-
ben fest, namentlich Rheinische und Prioritäten; auch Ungarische Dis-
kontobank-Obligations, Staatsbahn und Rastau-Derberger beachtet.
Fremde Renten recht fest, auch Russische und Ungarische Anleihen be-
hauptet aber still. Looseeffekten mäßig belebt. Fest flüchtig. Auf die
Bezeichnungen der Anhalter Prioritäten entfallen 55 pCt. — Per ultimo
notiren w: Francofen 516-50-8-550. Lombarden 197-750. Kre-
ditaktien 335,50-3. Laurahütte 67-7,25-67. Diskonto-Kommandit-
Anteile 125,50-5-125,25. Gemberch nF Schaffer gewann 1/2 pCt.
Spiritsbank Brede fest. — Der Schluss blieb matt.

Table listing various stocks and their prices, including titles like 'Gresfeld R. Kempen 5', 'Gera-Plauen 5', 'Halle-Sora-Guben 5', etc.

Eisenbahn-Prioritäts-
Obligations.

Table listing various railway priority bonds and their prices, including titles like 'Aach.-Mastricht 4 1/2', 'do. do. II. 5', etc.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign priority bonds and their prices, including titles like 'Eisenb.-Westbahn 5', 'Gal. Karl-Ludwig 1,5', 'do. do. II. 5', etc.